

schalt Anzeige erstattet, Mitte Dezember auch den Aufenthaltsort des Beschuldigten angeben, bis jetzt jedoch nichts Weiteres erfahren habe.

Schubert-Magdeburg berichtet ebenfalls über einen Fall von Unterschlagung, der dem betreffenden 9 Monate Gefängnis eingebracht habe.

Den Verbandssaffirer wird hierauf für die Zeit vom 1. Januar 1893 bis 1. Oktober 1896 einstimmig Decharge erteilt.

Desgleichen, ebenfalls einstimmig, dem Verbandsvorstand und auch dem Verbandsaufsicht.

Um 1 1/2 Uhr Mittags wird die Sitzung dann, wegen der Mittagspause, auf 30 Minuten vertagt.

Zweiter Verhandlungstag.

Nachmittags-Sitzung am 22. Februar.

Die Sitzung wird wegen der gesetzlichen Bestimmungen um 7/2 Uhr eröffnet, aber sofort wieder, da die meisten der Delegierten noch kein Mittagsessen eingenommen haben, auf Antrag auf 45 Minuten vertagt.

Um 2 1/2 Uhr wird alsdann in die Verhandlungen eingetreten. Zur Beratung steht Punkt 3 der Tagesordnung:

Anträge.

Zur allgemeinen Anträge werden zu anderen Punkten zurückgestellt und damit dieselben für vorläufig erledigt erachtet.

Von den das Statut betreffenden Anträgen gelangt zunächst debattelles zur Annahme der Antrag des Verbandsvorstandes zu § 1 a des Statuts: Hinter den Worten „zu gemeinsamen Handeln“ soll angefügt werden: „nach Maßgabe des § 152 der Gewerbeordnung.“

Zur Diskussion wird nun der Antrag Hannover gestellt:

„Alle sich zur Aufnahme in den Verband Meldenden sind vor der definitiven Aufnahme in der „Buchbinder-Zeitung“ bekannt zu machen.“

Harber-Hannover begründet den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß es notwendig ist, um vor unlautelementen zu schützen und unsere Reihen sauber zu halten.

Schmidt-Mannheim ist gegen den Antrag, da er zu Mißverständnissen führen würde und zu weitgehend sei.

Schmidt-Berlin ist gleichfalls gegen den Antrag Hannover, ebenso Dietrich-Konstanz.

Grimm-Hamburg hält eine Liste ausgegliedelter und überberechtigter Elemente für genügend und er möchte den Antrag insoweit angenommen wissen.

Buchwald-Altenburg erachtet den Antrag für sehr zweckmäßig. Je stärker unsere Organisation wird, um so mehr müssen wir darauf halten, daß unlautelemente ferngehalten werden. Im Interesse des Verbandes ist es nur zweckmäßig, wenn der Antrag Annahme fände, ebenso der Antrag Vorst, welcher verlangt, daß Mitglieder, die auf Grund des § 6 b des Statuts aus dem Verbande ausgeschlossen sind, nicht mehr in den Verband aufgenommen werden können, und daß der Bevollmächtigte jeder Mitgliedschaft ein genaues Verzeichnis über die Ausgeschlossenen zu führen hat.

Schubert-Magdeburg bemerkt, daß in Magdeburg schon eine Liste überberechtigter Personen geführt wurde, aber die Frage sei, wie man sich gegenüber den Streifbrevetären zu verhalten habe.

Grimm-Hamburg stellt einen Zusatzantrag, wonach der Verbandsvorstand auch eine Liste führen soll.

Freystuttgart erklärt den Antrag Vorst für unannehmbar, da Streifbrevetäre später oft noch die besten Verbandsmitglieder werden.

Bytomski-Berlin bittet gleichfalls den Antrag Vorst abzulehnen, unter Hinweis auf besondere Verhältnisse in Berlin.

Klotz-Leipzig bringt folgenden Antrag ein zu § 6 b:

„Mitglieder, welche auf Grund des § 6 b des Statuts ausgeschlossen sind, müssen vom Verbandsvorstand, sowie den Bevollmächtigten in einer besonderen Liste geführt werden und kann ihnen bei späteren Wiederannahmen der Eintritt verweigert werden.“

Diétrich-Stuttgart bemerkt, daß bereits seit 1893 eine solche Liste vom Verbandsvorstande geführt wird.

Maiwald-Dresden hätte gewünscht, daß in den Aufnahmebescheiden auch die Frage enthalten wäre, ob der sich Meldende schon früher Mitglied des Verbandes war; dadurch könnte man gewisse unsichere Elemente leichter herausfinden.

Der Antrag Hannover wird, nachdem Harber-Hannover das Schlusswort hatte, abgelehnt, ebenso der Zusatzantrag Grimm und der Antrag Vorst.

Der Antrag Klotz-Leipzig gelangt zur Annahme. Die Anträge betreffend den Beitrag kommen nunmehr zur Verhandlung und zwar zuerst der Antrag des Vorstandes der Mitgliedschaft Berlin zu § 7 des Statuts:

„In Absatz 1 ist der Satz: „Wiederholt Eintretende, welche wegen Resten gestrichen sind, haben das doppelte Eintrittsgeld zu zahlen“, zu streichen.“

Grimm-Hamburg stellt sich auf den Standpunkt des Zentralverbandes.

Schmidt-Berlin ersucht um Annahme des Antrags, Bytomski um seine Ablehnung, ebenso Kraßig-Wilmgen.

Der Antrag wird darauf abgelehnt.

In der Generaldiskussion über die die Höhe der Beiträge betreffenden Anträge erklärt das Wort:

Schulze-Berlin, welcher ausführt, daß es mehr die Verhältnisse, die wirtschaftliche Lage u. v. m. sind, die hauptsächlich bestimmen, daß die Mitgliederzahl des Verbandes steigen ist, weniger ist dabei die Höhe der Beiträge von Bedeutung. Die vielen

Streichungen und Austrittserklärungen lassen sich gerade auf die Höhe der Beiträge zurückführen. Ein Teil der Mitglieder würde noch höhere Beiträge ruhig zahlen, aber die große Masse der bei kleinen Meistern tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen wollen höhere Beiträge nicht. Wenn jetzt allgemein eine Erhöhung der Beiträge verlangt wird, so sei das nur Strohhalm, das sich gar bald legt. Lassen wir den Beitrag so wie gegenwärtig und suchen wir die große Masse weiter zu organisieren.

Pfüge-Leipzig erklärt, daß die Meinung der Leipziger Mitglieder gegen klassenweise Beitragsleistungen ist. Ferner müßten aber, um das, was in der letzten Lohnbewegung errungen wurde, zu erhalten und neue Schritte zur Verbesserung der Lage einstellen zu können, die Beiträge erhöht und nicht die Taschen zugeknöpft werden. Führen Sie die Beiträge wieder zurück, so gehen wir vielleicht der Verteilung, die wir erträglich, wieder verlustig.

Schmidt-Mannheim ist gegen klassenweise Beitragsleistung und die Herabsetzung des Beitrags auf 25 Pf. pro Woche; wir dürften in den Beiträgen absolut nicht zurückgehen.

Schmidt-Hamburg bedauert, daß solche Reden fallen, wie von Schulze-Berlin, die hohen Beiträge hätten eine Verminderung der Mitgliederzahl zur Folge. Es kommt hauptsächlich darauf an in den Organisationen, allmählich die Beiträge einzuziehen.

Schubert-Magdeburg wünscht auch einen Beitrag von 35 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder.

Klotz-Leipzig hält es für am besten, den Antrag des Verbandsvorstandes, 30 Pf. pro Woche festzusetzen, anzunehmen. Die Tendenz in der Arbeiterbewegung richte sich auf Erhöhung der Beiträge, wie man auch an Leipzig sehe, wo in den achtziger Jahren nur 5 Pf., allmählich aber immer mehr gezahlt wurde. Gerade durch eine Erhöhung der Beiträge kann unsere Lage verbessert werden. Bittet um Annahme des Antrags des Verbandsvorstandes und empfiehlt Ansammlung von Lokalfonds.

Bergmann-Berlin: Die Mitgliedschaft Berlin sieht auf dem Standpunkt, 25 Pf. Beitrag beizubehalten, da die Verhältnisse, wie schon angeführt, in Berlin so liegen, daß für eine Erhöhung keine Neigung herrscht. Während der Zeit der Lohnbewegung hat man wohl 35 Pf. gezahlt, doch jetzt kamen schon oft Fragen, ob der Beitrag nicht wieder herabgesetzt auf 25 Pf. Da wir mit der Masse rechnen müssen, ist dies notwendig, denn was nützen uns die vollen Kasen, wenn das Gros der Kollegen nicht hinter uns steht. Die Lederarbeiter springen zuerst ab, wenn der Beitrag nicht niedriger wird; können wir den Leuten wenigstens insoweit entgegen, als wir 30 Pf. festsetzen. Wir sind jederzeit bereit, bei außerordentlichen Verhältnissen, bei Lohnkämpfen, unsere Schuldtigkeit zu thun; glauben Sie nicht, daß die Berliner nicht Opfer bringen wollen. Bezüglich des Beitrags für Arbeiterinnen behauptet Redner, daß uns die Erhöhung desselben sehr viel Mitglieder gekostet hat und bittet, nicht mehr als 10 Pf. pro Woche zu nominieren.

Der Vorige erlucht, sich fortan in den Reden etwas zu beschränken, da noch vierzehn Redner eingezeichnet sind.

Diétrich-Konstanz spricht Angesichts der noch bevorstehenden und bereits in Aussicht genommenen Lohnbewegungen für Befassung der jetzigen Beiträge von 35 Pf. und 15 Pf. Es ist gesagt worden, was nützen uns die hohen Beiträge, wenn wir keine Mitglieder haben, aber was nützen uns die Mitglieder, wenn keine Gelder vorhanden sind. Der Antrag des Verbandsvorstandes, 30 Pf. zu erheben, ist um unglücklichsten und auf die schwachen Leute bedenklich, die weniger an Beitrag zahlen wollen.

Auf Antrag wird die Redezeit auf fünf Minuten beschränkt.

Jahn-Berlin meint, daß wir es mindestens bei 30 Pf. pro Woche belassen können.

Böllner-Fürth bittet für die Anträge 35 und 15 Pf. zu stimmen, um so mehr, da sich die Mitglieder meist doch schon daran gewöhnt haben und Abmeldungen wegen der hohen Beiträge selten vorkommen.

Wärzberger-Frankfurt berichtet, daß sich Offenbach gegen jede Erhöhung der Beiträge erklärt habe; genau so ist es in Frankfurt a. M. Des Redners persönliche Meinung geht dahin, daß die Beiträge zu erhöhen sind.

Frau Greifenberg-Berlin kann sich ebenfalls nicht mit einer Ermüdung der Beiträge verständlich erklären. In Berlin habe man in der Kartonbranche trotz der hohen Beiträge die Mitgliederzahl sich erhöhen sehen. Wenn die Streichungen nach der Lohnbewegung mehr als sonst vorkamen, so ist dies bei allen dergleichen Anlässen der Fall. Rednerin wünscht den Beitrag für männliche Mitglieder auf 30 und für weibliche auf 15 Pf. festzusetzen.

Mehrmann-Hannover spricht gegen klassenweise Beitragsleistungen, die zum Teil ungerechtfertigt im Gefolge haben würden; vorläufig ist mit einer beratigen Einstellung gar nicht zu rechnen. Die Ansicht, daß bei niedrigen Beiträgen die Agitation besser zu führen ist, ist vollständig falsch. In Hannover haben wir bei den niedrigen Beiträgen ebenso viel Restanten gehabt als jetzt bei den höheren. Wir halten es für taktisch unrichtig, jetzt wieder auf 25 Pf. zurückzugehen, denn wir können dann die Aufgaben des Verbandes um so weniger erfüllen.

Schumacher-Berlin erklärt es für unrichtig, daß die Berliner Lederarbeiter ihren Delegierten auf 25 Pf. Beitrag verpflichteten. Redner erlucht im Uebrigen, die Beiträge nicht zu erhöhen, da die Lederarbeiter bei ihren Löhnen nicht mehr zahlen können.

Sailer-Berlin führt aus, er sehe schon, daß die Berliner mit ihrem Antrag nicht durchkommen. Im Uebrigen verurteilt Redner zu beweisen, daß es hauptsächlich darauf ankommt, die Massen zu organisieren, was jedoch bei hohen Beiträgen nicht eintreten wird. Den Erfolg der Lohnbewegung schreibt

er nicht der Ertrahsteuer zu, sondern der Thatsache, daß die große Zahl der Kollegen sich für den Kampf begeisterte, freilich auch dem günstigen Zeitpunkt beim Vorgehen.

Lur-Dortmund ist prinzipiell für Erhöhung der Beiträge unter Einhaltung allmählicher Steigerung und plaidiert um Annahme des Antrages des Verbandsvorstandes.

Holzweg-Leipzig (Gast) bittet im Hinblick auf die Reorganisation in Leipzig auch diesen Antrag anzunehmen.

Lender-Stuttgart spricht für Erhöhung der Beiträge auf 35 und 15 Pf.

Kraßig-München tritt ebenfalls dafür ein. Wenn die Gewerkschaft ihre Kämpfe mit Erfolg führen soll, dann müssen wir auch etwas leisten.

Rümmler-Geminnig erklärt sich im Auftrag seiner Mandatgeber für den Antrag des Verbandsvorstandes.

Buchwald-Altenburg: Von den 14 kleinen Orten, die ich vertere, haben sich nur zwei für 30, die übrigen aber für 35 Pf. Beitrag erklärt.

Diétrich-Konstanz geht auf einige Ausführungen von Schumacher-Berlin ein. Dieser habe von Disziplin gesprochen. Nun aber halte ich es, so bemerkt Redner, nicht für Disziplin, wenn trotz der erzielten Erfolge notwendigen Erhöhung der Beiträge gegen dieselbe plaidiert wird.

Mehrmann-Hannover hält es für viel ratsamer, hohe Beiträge an den Verbandsvorstand abzuliefern als Lokalfonds zu bilden. Die Mitglieder werden auch weit eher bei der Organisation bleiben, wenn sie hohe Beiträge zahlen.

Frau Kähler-Hamburg als Vertreterin der Generalkommission bemerkt, daß allerdings in allen Gewerkschaften der Streit um die Beiträge todt, aber es sei doch klar, daß die Vereinigungen viel mehr Kampfgewinnungen sein können, wenn die Beiträge höhere sind.

Nach einer inhaltlichen Berichtigung von Würzberger und Jahn und einer persönlichen Bemerkung von Kraßig-München erfolgt namentliche Abstimmung über die Höhe der Beiträge und zwar zunächst bei männlichen Mitgliedern auf 35 Pf.

Mit Ja 14 Delegierte und zwar: Neutrich-Breslau, Grimm-Hamburg, Schmidt-Hamburg, Schubert-Magdeburg, Harber-Hannover, Schmidt-Mannheim, Buchwald-Altenburg, Kraßig-München, Böllner-Fürth, Diétrich-Konstanz, Jöhler-Stuttgart, Freystuttgart, Lender-Stuttgart, Pfüge-Leipzig. Mit Nein stimmten 12 Delegierte und zwar: Frau Greifenberg-Berlin, Schmidt-Berlin, Jahn-Berlin, Sailer-Berlin, Bergmann-Berlin, Schulze-Berlin, Bytomski-Berlin, Schumacher-Berlin, Odde-Bremen, Lur-Dortmund, Rümmler-Geminnig, Klotz-Leipzig. — Würzberger-Frankfurt a. M. und Maiwald-Dresden enthielten sich der Abstimmung.

Für den Antrag, die Beiträge für weibliche Mitglieder auf 15 Pf. pro Woche festzusetzen, stimmten: Frau Greifenberg-Berlin, Jahn-Berlin, Neutrich-Breslau, Grimm-Hamburg, Schmidt-Hamburg, Schubert-Magdeburg, Harber-Hannover, Schmidt-Mannheim, Buchwald-Altenburg, Kraßig-München, Böllner-Fürth, Diétrich-Konstanz, Jöhler-Stuttgart, Freystuttgart, Lender-Stuttgart, Rümmler-Geminnig, Klotz-Leipzig, Pfüge-Leipzig; insgesamt 18 Delegierte. — Mit Nein stimmten 9 Delegierte und zwar: Schmidt-Berlin, Sailer-Berlin, Bergmann-Berlin, Schulze-Berlin, Bytomski-Berlin, Schumacher-Berlin, Odde-Bremen, Lur-Dortmund, Maiwald-Dresden. — Würzberger-Frankfurt a. M. enthielt sich der Abstimmung.

Zur Abstimmung kommen nun die Anträge betreffend die klassenweisen Beiträge, welche abgelehnt werden.

Der Antrag Hannover betreffend Ertrahsteuer, die Anträge Offenbach a. M. und der Antrag des Verbandsvorstandes zu § 8 des Statuts werden darauf zur Beratung gestellt.

Grimm-Hamburg spricht für den Antrag des Verbandsvorstandes, während Bytomski-Berlin den jetzigen Zustand aufrecht erhalten will.

Diétrich-Stuttgart plädiert energisch für den vom Verbandsvorstande eingebrachten Antrag betreffend Ertrahsteuer, da man nie wissen kann, welche Anforderungen einmal an den Verband gestellt werden. Nur in dringenden Fällen wird eine Ertrahsteuer ausgeschrieben, aber dann soll man dem Verbands keine Beschränkungen auferlegen. Im Interesse der Allgemeinheit erlucht Redner um Annahme des vorliegenden Antrages.

Böllner-Fürth meint, man solle den Bogen auch nicht zu straff spannen und davon absehen, im Sinne des Verbandsvorstandes zu entscheiden. Nachdem die Beiträge erhöht wurden, kann es bei dem jetzigen Zustande bleiben.

Schmidt-Hamburg ist der Überzeugung, daß, wenn wir die Ertrahsteuern höher ansetzen, schneller den gewünschten Erfolg erzielen, was doch gerade in dringenden Fällen notwendig ist, während, wenn die Ertrahsteuern auf ein Minimum beschränkt werden, der Effekt geringer ist.

Klotz-Leipzig tritt lebhaft für Annahme desjenigen Antrages ein, der vom Verbandsvorstande eingebracht wurde.

Der Antrag Hannover, betreffend eine monatliche regelmäßige Ertrahsteuer, wird darauf in namentlicher Abstimmung mit allen gegen eine Stimme abgelehnt.

Zur Annahme gelangt in namentlicher Abstimmung der Antrag des Verbandsvorstandes, eine Ertrahsteuer einzuführen, welche dem momentanen Bedarf angemessen ist, und zwar mit 17 gegen 11 Stimmen.

Der Antrag Offenbach, wonach eine Ertrahsteuer die Dauer eines halben Jahres nicht überleben darf, wird in namentlicher Abstimmung mit 16 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Der Vorstehende verliest darauf ein Telegramm der Mitgliedschaft Mannheim-Ludwigshafen und dankt für dessen Überzeugung.

Eine Geschäftsordnungsdebatte über die Redezeit hat zur Folge, daß beschlossen wird, dieselbe in allen Fällen auf höchstens 10 Minuten auszudehnen.

Zur Diskussion kommt darauf der Antrag Hannover, welcher die Aufhebung der Gaueninteilung verlangt.

Harber-Hannover begründet den Antrag, indem er darauf hinweist, daß die Gaueninteilung sich als wertlos, ja als unnötiger Ballast der Organisation erweisen habe.

Schmidt-Mannheim ist der Ansicht, daß die Eintheilung an sich nicht schlecht ist, daß sich dieselbe nicht bewährt, liegt mehr an der Untätigkeit der meisten Gauvorsteher.

Schmidt-Berlin hält die Gaueninteilung für notwendig und nützlich; in Berlin hätte sich dieselbe gerade bewährt.

Lur-Dortmund: Die Gauen leben an ihrer Bedeutungslosigkeit, das ist ihr einziger Fehler. Was die Gauvorstände hinsichtlich der Agitation gethan, ist sehr minimal und steht in keinem Verhältnis zur Tätigkeit der Mitgliedschaften. Den Gauvorständen müßte ein größeres Tätigkeitsfeld überwiehen werden; z. B. sei ein Teil der Korrespondenz des Verbandsvorstandes ihnen zu übertragen, wodurch auch dieser entlastet würde und Zeit gewönne für andere Arbeiten.

Schulze-Berlin ersucht um Ablehnung des Antrages, desgleichen Klotz-Leipzig; sie betonen, daß sich die Gaueninteilung ebenfalls nicht als schädlich erweisen habe.

Jöhler-Stuttgart spricht für Ablehnung des Antrages Hannover und für Regelung der Sache im Sinne des Verbandsvorstandes.

Diétrich-Stuttgart: Daß der Antrag Hannover vorliegt ist begrifflich, denn bis jetzt war das Gebiet der Tätigkeit für die Gauvorstände nicht ein solches, das sie anspornte; nur ein kleiner Teil hat seine Aufgabe richtig erfüllt. Wenn man die Einrichtung gut ausbaut, dann wird sie auch nützlich wirken.

Der Antrag Hannover wird mit großer Majorität abgelehnt.

Zur Verhandlung kommen weiter die Anträge Hannover und des Verbandsvorstandes bei Titel VIII statt „Mitgliedschaften“ das Wort „Zahlstelle“ zu setzen.

In der Begründung dieses Antrages weist Harber-Hannover auf das Vorgehen der Polizei in Hannover hin, das darauf gerichtet scheint, die Gewerkschaften dadurch zu schwächen, daß man sie als „politische Vereine“ erklärt. Dies macht notwendig, daß eine Aenderung herbeigeführt werde in der von uns gewünschten Weise.

Klotz-Leipzig meint, wenn der Antrag Annahme findet, entsprechende Aenderungen für Sachsen geschehen müssen.

Zu dieser Sache sprechen ferner Pfüge-Leipzig, der einen Antrag einbringt, und Mehrmann-Hannover. Letzterer betont insbesondere, daß durch den Antrag für alle Fälle eine Organisation geschaffen werde, die wir erhalten können, falls eine Aenderung der Vereinsgesetzgebung Thatsache wird.

Maiwald-Dresden glaubt entgegen Pfüge-Leipzig, daß sie durch die Bezeichnung der Mitgliedschaft als „Zahlstelle“ nichts zu fürchten hätten.

Rümmler-Geminnig erklärt, daß wenigstens für Geminnig „Mitgliedschaft“ und „Zahlstelle“ gleichbedeutend sei.

Sailer-Berlin bemerkt, daß ja nach den Ausführungen des Kollegen aus Hannover nichts weiter übrig bleibt, als die Annahme des Antrages, der freilich für Berlin eine Reorganisation bedeute.

Nach dem Schlusswort von Harber-Hannover wird folgender Antrag von Pfüge-Leipzig angenommen:

„An Orten, an denen der Verband mindestens 10 Mitglieder zählt, ist eine Zahlstelle zu errichten; ist aus vereinsgesetzlichen Gründen die Bildung einer Zahlstelle erzwungen oder nicht möglich, so regelt der Verbandsvorstand selbst oder durch von ihm Beauftragte sämtliche Pflichten und Rechte dieser Mitglieder durch ein im Sinne dieses Statuts ausgearbeitetes Reglement.“

Zur Diskussion stehen im Weiteren die Anträge des Verbandsvorstandes und der Mitgliedschaft Stettin zu § 3 des Statuts betreffend Entgegennahme von Beitrittserklärungen.

Schmidt-Mannheim spricht gegen die Anträge.

Lur-Dortmund hält die Annahme des Antrages des Verbandsvorstandes für notwendig und empfiehlt ihn deshalb.

Lender-Stuttgart ist der Ansicht, daß es ein Zutrittserklär, wenn ein Teil der Mitglieder an den Gauvorstand, der andere aber bei den Bevollmächtigten Beiträge entrichten soll.

Klotz-Leipzig empfiehlt den Antrag des Verbandsvorstandes.

Nach kurzer Erläuterung des Antrages seitens des Kollegen Diétrich-Stuttgart wird der Antrag des Verbandsvorstandes: „Beitrittserklärungen in Orten, wo der Verband eine Zahlstelle hat, werden dabeist durch den dazu Beauftragten, außerhalb eines solchen Ortes durch den ersten Bevollmächtigten eines solchen Gau oder durch den Verbandsvorstand selbst entgegenzunehmen“, angenommen, wodurch der ähnliche Antrag Stettin als erledigt betrachtet wird.

Zu § 6, Austritt und Ausschluss liegen vor die Anträge Hannover und Vorst-Hamburg.

Zur Sache sprechen kurz Pfüge-Leipzig und Lender-Stuttgart, worauf der nachstehende Antrag Hannover betreffend Ausschluss angenommen wird:

„Der Ausschluss eines Mitgliedes kann auf Antrag des Bevollmächtigten durch den Verbandsvorstand erfolgen, wenn“ u. f. w.

Rückfichten ist Redner gegen den Ausbau des Unterstützungswesens.

Vender-Stuttgart ist auch dafür, daß an dem ganzen Unterstützungswesen keine Veränderung eintritt.

Dietrich-Stuttgart warnt vor höheren Unterstützungen, welche die Organisation gefährden können.

Klotz-Leipzig bemerkt, daß man in Leipzig im Punkte Arbeitslosenunterstützung einen anderen Standpunkt einnimmt; er ist der Ansicht, daß eine gewerkschaftliche Organisation sehr wohl notwendig sei.

Wainwald-Dresden meint, wir könnten mit den Unterstützungswesen, zumal da ein höherer Betrag beschloffen wurde, wenigstens etwas in die Höhe gehen.

Jur. Sache sprechen noch Göttsche-Bremen, Dietrich-Konstanz, Jahn-Berlin und Dietrich-Stuttgart, welcher letzterer den Antrag des Verbandsvorstandes, den Abf. 2 zu § 34 zu streichen, zur Annahme empfiehlt.

Grimm-Hamburg ist gegen diesen Antrag, da uns der bisherige Zustand nicht so viel Blacereien bereitet habe.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages Hannover und Vorst.-Hamburg, wonach alle unter Titel XI des Statuts, Unterstützungen, bezügl. Bestimmungen unverändert belassen werden.

Hiermit sind alle noch zu Punkt „Unterstützungen“ gestellten Anträge gefallen.

In der Frage des Reichsschlusses kommt der Antrag des Verbandsvorstandes zur Erörterung. Der Antrag findet Annahme.

Um 1/3 Uhr wird alsdann in eine Mittagspause eingetreten, wobei die Sitzung um dreizehn Stunden vertagt.

Die Fortsetzung der Verhandlungen beginnt 2/3 Uhr. Den Vorsitz führt Harber-Dannover. Der Verbandstag setzt zunächst die Diäten der Delegierten auf 9 M. pro Tag fest.

In die Tagesordnung eintretend, gelangen die Anträge zu Abschnitt XIII des Statuts, „Arbeitsnachweis und Herbergswesen“, zur Verhandlung.

Frey-Stuttgart befragt über die Generalabstimmung die Anträge für die Aufhebung des Zentralarbeitsnachweises.

Schmidt-Mannheim begründet den von Mannheim nachträglich gestellten Antrag, in Süddeutschland einen Zentralarbeitsnachweis zu errichten.

Schulze-Berlin: Der Leiter des Zentralarbeitsnachweises hat sich alle Mühe gegeben, diesen zu heben, aber diese Bemühungen scheiterten daran, daß die Mitgliedschaften ihn fast gar nicht unterstützen.

Klotz-Leipzig bemerkt, daß ein Zentralarbeitsnachweis für Leipzig ganz zwecklos sei.

Dietrich-Stuttgart empfiehlt die Aufhebung des Zentralarbeitsnachweises, da die Erfahrungen mit demselben nicht darnach sind, sich für dieses Institut zu begeistern.

Grimm-Hamburg: Wir können uns sowohl der Aufhebung zustimmen, als in den verschiedenen Gauen auf andere geeignete Weise die Stellenvermittlung geregelt werden kann.

Die Anträge auf Aufhebung des Zentralarbeitsnachweises werden darauf angenommen, der Antrag Mannheim abgelehnt.

Der Antrag zu § 46, gestellt vom Verbandsvorstand, wird angenommen, ebenso die Anträge desselben zu § 47 und 48 des Statuts.

Der Antrag Frankfurt a. M., betreffend statistische Erhebungen über Heimarbeit, erhält Begründung durch Würzburger-Frankfurt.

Dietrich-Stuttgart bittet, den Antrag, dem der Verbandsvorstand sonst sympathisch gegenüber steht, den Schlusssatz: „das gesammelte Material der Regierung zu unterbreiten“, zu entheben, denn der Verband würde sonst als politische Vereinigung erklärt werden können.

Schmidt-Berlin bittet, den Antrag abzulehnen und für später zurückzugeben, da die Ausführung einer diesbezüglichen Statistik ungenügend schwach sei.

Schumacher-Berlin ist hinsichtlich der Übernahme der statistischen Erhebungen nicht der Ansicht seines Vorgesetzten; die Aufnahme wäre wohl möglich.

Frau Greisenberg-Berlin ist gegen den Antrag, weil sie die Ausführung für unbedenklich hält.

Jahn-Berlin spricht im Allgemeinen über statistische Aufnahmen und weist auf ähnliche Untersuchungen in anderen Branchen hin, die gewisse Erfolge erzielten.

Frau Greisenberg-Berlin ist gegen den Antrag, weil sie die Ausführung für unbedenklich hält.

Schumacher-Berlin empfiehlt nochmals dringend statistische Aufnahmen über Heimarbeit.

Klotz-Leipzig wünscht den Antrag abgelehnt zu sehen, da die statistische Bestimmung für Berufstätigkeit eine Erhebung über Heimarbeit nicht ausschließt.

Würzburger-Frankfurt a. M. empfiehlt wiederholt den Antrag unter Zurückziehung des Schlusssatzes.

Frau Kähler-Hamburg kann nicht raten, den Antrag anzunehmen, da das Resultat der Erhebungen nicht den von mancher Seite gewünschten Werth haben werde.

Schmidt-Berlin spricht über den Plan der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, über die Lage der Arbeiterinnen in den graphischen Gewerben Erhebungen anzustellen; Redner verwirft diesen Plan gänzlich, da die Erhebungen auch nicht vollständig und somit zwecklos sein würden.

Frau Kähler-Hamburg giebt eine Richtigstellung.

Der Antrag Frankfurt a. M. wird darauf abgelehnt.

Schumacher-Berlin stellt den Antrag, bei der nächsten statistischen Aufnahme die Heimarbeit bei Berücksichtigung. In diesem Antrage sprechen Schmidt-Berlin, Grimm-Hamburg und Jahn-Berlin.

Der Antrag Schumacher findet die Zustimmung des Verbandstages.

Der nächste Abschnitt, der zur Verhandlung kommt, betrifft die Presse. Er liegt auch ein Antrag des Verbandsvorstandes vor und einige allgemeine Bemerkungen. In der Generalabstimmung über diesen Punkt erhält zunächst das Wort:

Frey-Stuttgart, welcher die Vermirte gegen unsere Zeitung im Allgemeinen nicht als berechtigt anerkennen kann. Die Kollegen, die Vermirte erhoben, trugen am allerwenigsten dazu bei, die Zeitung zu heben. Man muß auch in Erwägung ziehen, ob das auszuführen ist, was da verlangt wird; Redner kann dies nicht durchaus zugeben, wenn er sich auch sage, daß Abänderungen zu treffen sind. Wenn wir nur das aufnehmen in die Zeitung, was für die weiter fortgeschrittenen Arbeiter gut ist, so schädigen wir uns selbst, indem der erzürterische Einschlag der Zeitung vorüber geht.

Pfäke-Leipzig wünscht einige Aenderungen und berichtet, daß sich die Leipziger Kollegen mit den Anträgen Drißle und Schildbach nicht einverstanden erklären, die Zeitung nach Berlin zu verlegen.

Sailer-Berlin: Die Berliner verwerten die Anträge Drißle und Schildbach, aber sie können sich damit nicht zufrieden geben, daß in der Zeitung solcher „Quatsch“ wie in Nr. 6 von C. G. - r. in Erfurt Aufnahme findet. Freun Dietrich hätte sich auch etwas mehr Mühe angehen sollen bei der Beurteilung der Anträge. Erfreulicherweise sind auch von anderer Seite als den Berliner Anstellungen an der Zeitung gemacht worden. Redner weist an einzelnen Beispielen nach, daß die Zeitung mangelhaft war.

Vtomski-Berlin: Wir sind der Meinung, daß sich das Amt des Verbandsvorsitzenden mit dem des Redakteurs nicht vertrage, daß beides voneinander getrennt wird, was auch möglich ist. Redner versucht im Uebrigen nachzuweisen, daß die Zeitung mangelhaft ist; z. B. werde der Frage: Pflege der Internationalität, nicht viel Beachtung geschenkt.

Klotz-Leipzig wünscht in der „Buchbinder-Zeitung“ mehr wirtschaftspolitische Artikel, die allerdings bisher wenig, wenn sie erschienen, gelesen wurden, die aber doch erscheinen müssen, namentlich in Rücksicht auf Lohnbewegungen. Man sollte, wenn Anträge wie die von Drißle und Schildbach kommen, daß etwas sachliche Erwiderungen geben und nicht voreingenommen gegen die „Berliner“ sein. Die Nachrichten über die Bewegungen im Auslande sollten mehr Berücksichtigung finden. Bei der Frage der Trennung der beiden Posten Verbandsvorstand und Redakteur komme in Betracht, ob wir im Stande sind, für den Redakteurposten das nötige Geld auszugeben. Im Uebrigen schießt sich Redner dem Antrag Hannover an, die Zeitung so zu belassen wie sie ist und alle Anträge abzulehnen, die uns Mehroffen verursachen.

Schmidt-Berlin kommt im Besonderen auf die von Dietrich geübten Kritiken zu sprechen und erklärt, daß dieser Kollege dabei völlig unheimlich und schülisch sei; überhaupt habe sich Dietrich um die Organisation in Berlin große Verdienste erworben. Redner geht weiter im Einzelnen auf Mängel der „Buchbinder-Zeitung“ ein.

Jahn-Berlin: Ich habe mich auch gewundert, daß gegen die Berliner Anträge solche impulsive und gehässige Erwiderungen in der Zeitung erschienen. Kollege Dietrich sei eben zu überfallig, so daß er sich nicht so viel um die Redaktionsgeschäfte kümmern kann; darin müßte eine Aenderung gewirkt eintreten, wir Redner im Einzelnen zu benehmen sucht. Man möge den Redakteur entlasten und Mittel schaffen, um bessere Mitarbeiter zu beschaffen.

Krausch-München empfiehlt die Umänderung des Formats der Zeitung und die Kürzung der Ressorts, sollte sie nicht gut sein. Die Berichte aus den Mitgliedschaften könnten auch in kleinerer Schrift erscheinen. Mit der Haltung Dietrichs ist man in München durchaus einverstanden.

Dietrich-Stuttgart geht auf die einzelnen Aeusserungen seiner Vorgänger ein. Wenn Kritik geübt wird, so soll sie sachlich sein, aber wenn auf dem Redakteur fortwährend herumgeputzt wird, darf man sich nicht wundern, wenn auch ihm einmal die Galle überläuft. Die Art der Angriffe auf die Zeitung und den Redakteur waren wirklich nicht fein.

Sailer sagt, ich hätte mich in meiner Erwiderung nicht weigern sollen, aber man kann es mir doch nicht verdenken, daß ich manchmal auf die heftigen Angriffe etwas unzufrieden zurückgehe. Jetzt, nachdem ich elf Jahre als Redakteur thätig war, hat man ja

auch entdeckt, daß ich unfähig bin, doch spannte man mich seit Jahren übermäßig an, so daß ich mich mit den literarischen Erzeugnissen nicht immer bekannt machen konnte. Der Redakteur kann nicht alles machen, sondern muß unterstützt werden durch Mitarbeiter. Andere Gewerkschaften haben besondere Redakteure, bei uns aber soll Einer Alles und noch gut machen; das geht eben nicht. Wenn gelagt wird, daß über die Bewegung im Buchdruckerwerke seiner Zeit nicht berichtet wurde, so ist das nicht richtig; es sind kurze Berichte erschienen, aber Kritik zu üben, hielt ich nicht für tagtögl.

Da die Redezeit von 10 Minuten abgelaufen, wird auf Antrag Kollege Dietrich unbeschränkte Redezeit gewährt.

Dietrich (fortfahrend): Daß die Nachrichten über die Bewegungen im Auslande nicht so zahlreich erschienen, erklärt sich daraus, daß diese Nachrichten aus den Blättern nur gegen viel Geld zu überlesen sind; bewilligen Sie diese Summen, so läßt sich auch in dieser Beziehung den Wünschen Rechnung tragen. Ferner liegt es an den Kollegen selbst, die Zeitung zu heben; man legt wenig Hand ans Werk, leistet höchst selten etwas. Dietrich ist ein ehrenhaftiger Kollege, das erkläre ich und habe vor seinen Fähigkeiten die größte Achtung; aber wie er die Zeitung kritisiert, hätte ich von ihm, den ich für einen aufrichtigen Kollegen halte, nicht erwartet. Mich als unfähig hinzustellen, das ist zum Mindesten unanständig über. Ich habe ferner noch keinen Mitarbeiter zurückgeschickt, erst setzte ich mich hin und arbeitete lange Berichte und Artikel vollständig und verlas sie mit dem Zeichen der Korrespondenten. Ich kürze die Berichte ja oft sehr viel, aber man muß doch auch mit den örtlichen Verhältnissen rechnen und den Kollegen in kleineren Städten. Ich schreibe selbst so wenig, sagt man auch, aber ich erkläre, wenn zehn Kollegen im vergangenen Jahre zusammen so viel geschrieben hätten wie ich, so wäre es gut. Die Korrespondenzen in kleinerer Schrift zu bringen, geht schon an, wenn sie mit der dadurch notwendig entstehenden Vereinerung der Zeitung einverstanden sind. Den Verbandsrat almonatlich zu versöffentlichen, würde zur Folge haben, daß derselbe keine Bedeutung verliert. Die Uebernahme des Formats in das Format des „Correspondent“ der Buchdrucker mit 8 Seiten bedeutet bei 8000 Exemplaren pro Nummer 30 M. mehr Druckkosten und beim Format der „Polstarbeiter-Zeitung“, ebenfalls achteitig, pro Nummer 80,50 M. mehr. — Ihre Sache ist es, zu entscheiden, wie und von wem die Zeitung geleitet werden soll; entscheiden Sie im Interesse des Verbandes.

Schmidt-Berlin meint, daß der Antrag, Redaktionen und Verlag der Zeitung nach Berlin zu verlegen, doch gar nicht so ungeheuerlich erscheine, zumal wenn man bedenke, daß in Berlin mehr als in einem anderen Orte Deutschlands die Buchbinder weit vertriebt und verbreitet und alle Branchen vertreten seien. Die Trennung der beiden Posten von Verbandsvorsitzender und Redakteur könne vorläufig aus finanziellen Gründen nicht vor sich gehen.

Möglichst sollte die Zeitung auf die weitaus den Mitgliedern Rücksicht nehmen. Die Mittel zur Verbesserung der Zeitung sind doch genug vorhanden; kostet sie 5000 M., so kann sie auch mit 500 M. mehr laufen. Ueber die höheren Ansprüche an die Zeitung brauche man sich doch nicht zu wundern.

Frau Greisenberg-Berlin tritt für Berücksichtigung der weitaus den Mitgliedern in der Zeitung ein, indem man den Unterhaltungsbeitrag besser pflegt. Jetzt bekommen wir die Arbeiterinnen nicht dazu, daß sie die Zeitung lesen.

Es sind mehrere Resolutionen eingegangen, die zur Verlesung kommen; ferner ein Antrag.

Als nächster Redner giebt Klotz-Leipzig seiner Meinung dahin Ausdruck, daß Dietrich wohl die Kritik auch dann geübt habe, wenn er von Dietrich behauptete, er sei als Redakteur nicht zu gebrauchen. Hebt ferner hervor, daß bei Schmidt-Berlin sagte, die beschätzten Kollegen, die freilich eine kleine Unterstützung für ihre Bemühungen erhalten sollen, zur Mitarbeit nicht herangezogen werden. Die Veröffentlichung mancher literarischer Notizen könnte unterbleiben, eine Aenderung des Formats sei nicht zu empfehlen.

Jahn-Berlin spricht auch über Heranziehung von Mitarbeitern und empfiehlt Dietrich, nicht immer gleich so beleidigt zu sein, er muß sich eine Kritik gefallen lassen und nicht immer Rücksicht verlangen, was nur Schwäche verrate. Die Mittel für Beschaffung von Mitarbeitern müßten ausgeworfen werden. Auch auf die weitaus den Mitgliedern sei stets Bedacht zu nehmen. Sicher wird man zu der Ueberzeugung kommen, daß die Berliner nicht immer nur nörgeln, sondern mit ihrer Kritik auch Recht haben.

Frau Kähler-Hamburg ist der Meinung, daß die „Buchbinder-Zeitung“ zu den besten Gewerkschaftsblättern gehöre; sie habe schon öfters aus denselben Material verwendet. Im Weiteren empfiehlt Redner die obligatorische Einführung der „Gleichheit“ in den Gewerkschaften.

Jur. Dortmund bemerkt, daß jeder Kollege nach dem Statut zur Mitarbeit verpflichtet ist; es soll jeder thun, was sich als möglich erweist, und zwar ohne besondere Aufforderung. Eine bestimmte Summe zur Beschaffung der Artikel auszuwerfen, ist nicht möglich. Die „Gleichheit“ obligatorisch einzuführen, ist nicht angängig wegen zu hoher Kosten.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Zur Begründung eines Antrages erhält Grimm-Hamburg das Wort. Dessen Antrag geht im Wesentlichen dahin, ständige Mitarbeiter in den Gauen zu bestimmen.

Zum Schluß spricht Dietrich-Stuttgart; er geht auf einzelne Ausführungen ein, sie wiederlegend. In Sachen der Heranziehung der Mitarbeiter habe er (Redner) die Kollegen nicht abgelehnt, sondern oft Aufforderungen ergoßen lassen und Freude darüber gehabt, wenn brauchbare Artikel an ihn ge-

langten. Hinsichtlich des Unterhaltungsbeitrages herrschen auch sehr viele Ansichten, so daß nicht eben Geschmack Rechnung zu tragen ist. An Bemühungen, auch auf diesem Gebiete Aufbiederstelliges zu bieten, habe es nicht gefehlt. Wenn die „Gleichheit“ als Beilage zur Zeitung gegeben werden sollte, würde eine billigere Ausgabe derselben mit einer auch der weniger politisch gehaltenen Arbeiterin verständlichen Schreibweise in Frage kommen müssen. Zum Schluß bemerke Redner gegenüber den Neuzugungen Jahn's, daß er nicht Rückfichten für sich beanpruche, sondern anständige Behandlung und das gleiche Recht, wie es ihm gegenüber beanprucht wird.

Jahn-Berlin giebt eine persönliche Berichtigung.

Zur Abstimmung kommt darauf folgende Resolution des Verbandstages findet:

Der Verbandstag erklärt es für notwendig, in der „Buchbinder-Zeitung“ über wirtschaftspolitische Vorgänge, die unseren Beruf besonders angehen, Berichte zu bringen, auf Vorgänge in verwandten Berufsorganisationen in objektiver Weise Bezug zu nehmen, sowie dem Publikum einen derartigen Inhalt zu geben, daß es für unsere weitaus den Mitglieder anregend und bildend wirkt.

Der Verbandstag hält es ferner für notwendig, daß alle Mitglieder, um obige Ziele zu erreichen, es sich zur Pflicht machen, thätige Mitarbeiter der Zeitung zu werden.

Zur Durchführung der oben genannten Aufgaben, besonders auch zur angemessenen Honorierung beschäffter Mitarbeiter hält es der Verbandstag für angebracht, der Redaktion genügend Mittel an die Hand zu geben, um dieser ihrer Aufgabe gerecht werden zu können.

Von den sonst zu Punkt „Presse“ vorliegenden Anträgen wird der Antrag des Verbandsvorstandes zu § 31 des Statuts angenommen. Der Antrag Hannover gilt als erledigt, der Antrag der Mitglieder Drißle und Schildbach wird einstimmig abgelehnt.

Der nächste Antrag Grimm stellt nunmehr zur Diskussion: Die Delegierten des Verbandstages sind mit der bisherigen Taktik und Schreibweise der Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ einverstanden, bestimmen eine permanente Mitarbeiterchaft von zwölf Kollegen, welche aus allen Theilen Deutschlands zu entnehmen sind. Ferner beschließt der Verbandstag, die Redaktion und Verbandsleitung an ihrem bisherigen Aufenthaltsort zu belassen und nimmt von einer Trennung der Verbandsleitung und der Redaktion Abschied. Die Vergrößerung der „Buchbinder-Zeitung“ ist im Format des „Correspondent“ herzuführen.

Frey-Stuttgart ist gegen den ersten Teil des Antrages Grimm, ebenso Jahn-Berlin.

Vorwissen Harber spricht seine Meinung darüber aus, daß man das Vertrauensvotum seitens des Verbandstages ruhig annehmen könne.

Grimm-Hamburg vertheidigt seinen Antrag.

Der erste Teil des Antrages Grimm, welcher das Vertrauensvotum betrifft, wird abgelehnt.

Dietrich-Stuttgart ersucht, den Antrag in seinem zweiten Theile auch nicht anzunehmen, wenn der erste gefallen.

Der Antrag Grimm gelangt zur Ablehnung.

Der Antrag des Mitgliedes Vorst.-Hamburg wird nach kurzer Spezialdebatte abgelehnt.

Ein Antrag Klotz-Leipzig, Aenderungen des Verbandsorgans dem Verbandsvorstande und dem Auswahlgremium zu überlassen und bei eventueller Umänderung das Format des „Correspondent“ zu berücksichtigen, gelangt zur Annahme.

Der Antrag von Leipzig: Berichte über Ausflüge und Bergangungen mit Ausnahme von Stiftungsfesten in unserer Zeitung nicht aufzunehmen, wird abgelehnt.

Der Antrag auf obligatorische Einführung der „Gleichheit“ findet nicht die Zustimmung des Verbandstages.

Der Antrag des Mitgliedes Vorst.-Hamburg betreffend Herausgabe einer Broschüre über die Entwicklung unserer Organisation mit dem Bericht über den Verbandstag, wird, nachdem sich hierzu mehrere Redner geäußert, dem Vorstand und Auswahlgremium überlassen.

Der Antrag Hannover, am Kopfe der „Buchbinder-Zeitung“ eine feilgedruckte, stets wiedererfendende Aufforderung an die Kollegen, zu häufiger Agitation für den Verband, anzufügen, findet Annahme mit der Einschränkung, daß die Veröffentlichung nicht ständlich erfolgt.

Grimm-Hamburg meint, da man sich noch nicht dazu entschließen konnte, der „Buchbinder-Zeitung“ für den ganzen Jahrgang ein Inhaltsverzeichnis beizugeben, sollte jede Nummer ein Inhaltsverzeichnis besitzen; Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Der Vorleser verliest ein soeben eingegangenes Ostschwarzwaldtelegramm aus Hannover und dankt für dessen Ueberlieferung.

Der Antrag Grimm betreffend Inhaltsverzeichnis wird nach kurzem für und Wider abgelehnt, ebenso ein diesbezüglicher Antrag Klotz-Leipzig.

Hierauf wird verhandelt über die Anträge zu den Schlusssatzbestimmungen des Statuts und der hieru vom Verbandsvorstand zu § 53 gestellte Anträge zu § 53 angenommen. Der Absatz 3 des § 53 wird gemäß einem Antrage gestrichen und der vom Verbandsvorstand zu Absatz 3 gestellte Antrag zurückgezogen. Schließlich gelangt der Antrag des Verbandsvorstandes zu § 55 zur Annahme.

Schmidt-Berlin wünscht eine Erklärung darüber, ob der Verbandsvorstand die Pflicht hat, nach Erhebung der Beiträge die in Abzug zu bringenden Prozente für die Zahllisten nur die Höhe von 15 Prozent erreichen zu lassen.

Damit ist der dritte Punkt der Tagesordnung erledigt.

(Schluß folgt.)